



Podiumsdiskussion am 4. Februar 2011, Picasso Museum Münster mit rund 90 Teilnehmern



Udo Bullmann MdEP (oben)
 Christoph Strässer MdB und
 Svenja Schulze Wissenschaftsministerin NRW (rechts)

Gemeinsam für eine Finanztransaktionssteuer

Diskussionsveranstaltung am 4. Februar 2011
 Aktionskonferenz am 5. Februar 2011

in Münster

Bericht und Kurzdokumentation



Münster



City group
 Münster



Lille



Orvieto



Orvieto



Münster



Mitglieder der „Giovani Democratici“ - Eine Delegation von 12 Aktiven war in Münster dabei



Auf dem Podium: Nils Wörner, PES Brüssel / Christoph Strässer MdB / Udo Bullmann MdEP

Partnerschaften aufbauen, gemeinsame Aktivitäten planen, Politische Konsense entwickeln

Die Europäisierung der Sozialdemokratie von unten betreiben

Die SPD Münster hat seit zwei Jahren Partnerschaften mit örtlichen Gliederungen von Schwesterparteien angebahnt und begonnen, diese Partnerschaften mit Leben zu füllen.

Bislang wurden Partnerschaften verabredet mit der PvdA in Enschede, der Portugiesischen Sozialistischen Partei (Gruppe Münster), der Parti Socialist in Lille und dem Partito Democratico in Orvieto.

Politisches Ziel dieser Partnerschaften ist es, neben dem kulturellen Austausch und der Entwicklung von freundschaftlichen Verbindungen zwischen den Mitgliedern der Parteien, gemeinsam für die Entwicklung der PSE zu einer wirklichen Mitgliederpartei, für die Europäisierung unserer Parteien zu arbeiten.

Wir sind überzeugt davon, dass die Europapolitik der SPD wie auch unserer Schwesterparteien so lange schwach und nicht austrahlungsfähig bleiben wird, solange unsere Parteien nicht auch organisationspolitisch die nationalen Begrenzungen überwinden. Die Entwicklung der PSE zu einer Mitgliederpartei mit einer innerparteilichen Demokratie die diesen Namen auch verdient und die gemeinsame Entwicklung einer Politik sind unseres Erachtens die Grundvoraussetzung, um als Sozialdemokraten und als Sozialisten sowohl europaweit als auch in unseren Ländern eine neue Politik durchzusetzen.

Vom 4. bis 6. Februar 2011 kamen auf Einladung der Europa-Initiative der SPD Münster, getragen durch einen Beschluss des UBV der SPD Münster, insgesamt 21 Vertreter/innen der Demokratischen Partei Orvieto und ihres Jugendverbandes sowie der Europapolitischen Arbeitskreises der Sozialistischen Partei Lille, und der Region Nord pas de Calais.

Thema der Wochenendes: Diskussion unserer Positionen zur Finanztransaktionssteuer und Durchführung einer **Aktionskonferenz zur Diskussion und Verabredung abgestimmter Aktivitäten im Jahre 2011** für eine Finanztransaktionssteuer. Hierzu hat die SPD Münster den Partnern einen Resolutionsentwurf vorgelegt, der am Samstag den 5. Februar als Diskussionsgrundlage der Aktionskonferenz diente und der in der folgenden Fassung beschlossen wurde.

Am Freitag, den 4. Februar fand eine öffentliche Podiumsdiskussion zur Finanztransaktionssteuer im Foyer des Picasso-Museum in Münster statt, die mit rund 90 Besucher/innen gut besucht war. Auf dem Podium: Udo Bullmann MdEP, Christoph Strässer MdB, Nils Wörner PSE, Svenja Schulze MdL Wissenschaftsministerin NRW.

Schon 2010 brachte unsere Ratsfraktion einen **Resolutionsentwurf in den Rat der Stadt Münster** ein, um die Forderung nach einer Finanztransaktionssteuer zu unterstützen. Wir erwarten den Beschluss in diesem Frühjahr. Hat der Rat diesen Beschluss gefasst besteht ein Instrument um mit Hilfe der Stadt Münster im Falle einer Europäischen Bürgerinitiative die Münsteraner Bürgerinnen und Bürger darüber zu informieren, Unterschriftenlisten auszulegen und aktiv an der Sammlung der 1 Million Unterschriften teilzunehmen!

Den Resolutionstext der Münsteraner SPD-Ratsfraktion findet Ihr am Ende dieser kleinen Dokumentation.

Maria Buchwitz – Initiative Europa Sozial&Demokratisch:

Aktionskonferenz

„Die Verursacher der Krise sollen zahlen Europas Sozialdemokratie für eine Finanztransaktionssteuer“

am 05.02.2011 im Haus der Niederlande, Münster

Eine höchst spannende und erfolgreiche Veranstaltung war die Aktionskonferenz der Initiative „Europa sozial und demokratisch“, SPD Münster, mit der Partito Democratico Orvieto und der Parti Socialiste Lille, die mit der Verabschiedung einer gemeinsamen Resolution für die europaweite Einführung der Finanztransaktionssteuer endete. Auf dem Podium waren Anne Wetzel als Vertreterin der französischen Partei, ein Genosse der Partito Democratico aus Orvieto und Andrea Arcais, der auch die Moderation übernommen hatte. Eine echte Herausforderung war die Übersetzung der Diskussion ins Französische und ins Italienische, die aber dank der guten Vorbereitung sehr gut klappte.

Zu Beginn schlug Andrea vor, dass zunächst alle drei Parteien von ihren Aktivitäten berichten. Danach sollte sich eine Diskussion anschließen über die in allen Sprachen vorliegende von ihm vorbereitete Resolution, um dann am Ende zu einer gemeinsamen Erklärung zu kommen. Der Einwand des italienischen Genossen, dass es besser sei, heute keine endgültige Resolution zu verabschieden, sondern die Vorlage erst mit den nationalen Parteien abzustimmen, wurde insofern entkräftet, dass dieser Weg viel zu lang und umständlich ist – das Erreichen unserer Ziele würde sich arg verzögern. Eine Gruppe von Sozialdemokraten aus drei Ländern innerhalb der EU, die zu diesem Thema arbeitet, kommt einfach so schnell nicht wieder zusammen. Als gemeinsames Anliegen aller Beteiligten kristallisierte es sich heraus, ein Europa wirklich von unten aufzubauen und die Aktivitäten, die in den einzelnen Ländern stattfinden, miteinander zu koordinieren.

Die Parti Socialiste Lille fand sich in dem vorgelegten Papier gut vertreten – eine echte Überzeugungsarbeit auch innerhalb der eigenen Partei sei in ihrem Land noch sehr wichtig. Der engagierte Vertreter der Jungen Demokraten, der Jugendorganisation der italienischen Schwesterpartei, berichtete von verschiedenen Aktivitäten der Gruppe und dem Plan einer größeren Veranstaltung im Herbst, die ebenso das Thema Finanztransaktionssteuer in der Bevölkerung transparent machen soll. In Deutschland gibt es bereits einen Parteibeschluss für eine Kampagne für die Finanztransaktionssteuer, die im Frühjahr 2012 zu einer groß angelegten Unterschriftensammlung führen soll. Wichtig ist es, vor Ort möglichst viele Genossinnen und Genossen in die Aktivitäten einzubeziehen, die in NRW in 10 – 15 Städten stattfinden sollen. Bis auf unbedeutende Differenzen (die italienischen Freunde haben aufgrund ihrer Parteistruktur Schwierigkeiten mit der automatischen Mitgliedschaft in der Europäischen Sozialistischen und Sozialdemokratischen Partei (PSE)) bestand große Übereinstimmung in den Zielen unserer Arbeit sowie auch in der Herangehensweise. Im Herbst dieses Jahres gibt es ein weiteres Treffen in Orvieto, um den Stand der Dinge zu klären und weitere Einzelheiten abzustimmen. Von allen Parteien wurde es als gut angesehen, die Zeit um den 1. Mai zu nutzen, um eine breite Öffentlichkeit zu erreichen.

In freudiger Erwartung weiterer Treffen endete der offizielle Teil des Besuches gegen 12.30; Anschließend wurde beim Mittagessen im Alten Gasthaus Lewe und auf dem Markt weiterdiskutiert.



Redebeitrag des Landesvorsitzenden Umbrien der „Giovani Democratici“



Redebeitrag von Anne Wetzel, Europapolitische Sprecherin des Vorstandes der PS Nord pas de Calais aus Lille

Europa Sozial&Demokratisch, SPD Münster
 Europa-Arbeitskreis des Parti Socialiste Lille und Nord pas de Calais
 Partito Democratico Orvieto
 Giovani Democratici Orvieto und Regione Umbria
 Jungsozialisten Münster

Die Europapolitik politisieren. Gemeinsam für eine Finanztransaktionssteuer

Gemeinsame Erklärung vom 5. Februar 2011 in Münster

Die Europapolitik politisieren

Wir stimmen darin überein, dass die Europäische Einigung das wichtigste Instrument zur Friedenssicherung auf unserem Kontinent darstellt und wir unterstützen die weitere Vertiefung der europäischen Zusammenarbeit.

Unser Ziel ist ein demokratisches und soziales Europa. Eine europäische Union, die soziale Standards für seine Bürgerinnen und Bürger garantiert, die eine gemeinsame Wirtschafts- und Steuerpolitik im Interesse der Menschen betreibt kann nur durch politische Kräfte gestaltet werden, die soziale Gerechtigkeit, ökologische Erneuerung der Wirtschaft und Menschen- und Bürgerrechte in den Mittelpunkt stellen.

Jenseits vielbeschworener europäischer Gemeinsamkeit wollen wir die politischen Unterschiede zwischen unseren Parteien und denjenigen politischen Kräften in Europa herausarbeiten und betonen, die für andere politische Konzepte stehen und die Freiheit des Marktes vor die Interessen der Menschen stellen.

Wir setzen uns in unseren Parteien sowohl für die weitere Vertiefung der Zusammenarbeit innerhalb der Europäischen Union ein als auch für eine deutliche Akzentuierung der europapolitischen Diskurse und Positionen. Die Menschen in unseren Städten, Regionen und Ländern haben einen Anspruch darauf zu erfahren, wofür unsere Parteien europapolitisch stehen.

Gemeinsam für die Finanztransaktionssteuer

Unsere Parteien, die PSE und die S&D-Fraktion im Europäischen Parlament fordern die Einführung einer Finanztransaktionssteuer als ein wichtiges Instrument zur Regulierung der Finanzmärkte. Ohne ein Allheilmittel zu sein, behindert sie Spekulation und trägt zur Abschöpfung von erheblichen Finanzmitteln bei den Verursachern der Finanzkrise bei.



Blick ins Publikum - links vorne: Stefan Gran, DGB-Vertretung in Brüssel



Aktionskonferenz zur Vorbereitung gemeinsamer Aktivitäten für eine Finanztransaktionssteuer am 5. Februar im „Haus der Niederlande“ Münster

Unsere Parteien haben ferner beschlossen, dass wir zur Durchsetzung dieser Forderung mit dem Instrument der „Europäischen Bürgerinitiative“, das ab 2012 zur Verfügung stehen wird, europaweit koordiniert mit weiteren Bündnispartnern mindestens 1 Million Unterschriften sammeln werden, um die Europäische Union und ihre Mitgliedsstaaten dazu zu bringen, die Finanztransaktionssteuer einzuführen.

Um eine solche Kampagne erfolgreich durchführen zu können, bedarf es einer langfristig angelegten Mobilisierung innerhalb unserer Parteien und einer Informationskampagne in unseren Städten und Regionen, um die Menschen zu informieren und sie auf die kommende Unterschriftensammlung vorzubereiten.

Eine solche vorbereitende und mobilisierende Kampagne dient zudem dazu, politischen Druck auf unsere Regierungen auszuüben, der Einführung einer Finanztransaktionssteuer zuzustimmen.

Wir verabreden uns, in unseren Städten und Regionen im Jahr 2011 koordiniert Aktionen durchzuführen, um innerhalb unserer Parteien die Mitglieder zu informieren und sie für kommende Aktivitäten zu mobilisieren sowie um die Bevölkerung zu informieren und einzuladen, sich unseren Aktivitäten anzuschließen.

Wir werden in unseren Parteien darauf dringen, dass diese Kampagne für eine Finanztransaktionssteuer kein Lippenbekenntnis wird, sondern in das Zentrum politischer Aktivität gerückt wird.

Wir werden:

Rund um den 1. Mai 2011 sichtbar unsere Forderung nach Einführung der Finanztransaktionssteuer darstellen. Dazu werden wir gemeinsame Materialien gestalten um unser koordiniertes Vorgehen deutlich zu machen.

Wir werden viele kleine Aktivitäten, von Informations- und Diskussionsveranstaltungen, Verteilen von Informationen vor Banken und Parteibüros der Konservativen und Liberalen die Menschen informieren und zur Mitarbeit einladen.

Wir werden uns gegenseitig zu Aktivitäten einladen um uns gegenseitig zu unterstützen und unsere politische Partnerschaft zu pflegen, sie auszubauen und sie öffentlich bekanntzumachen.

Wir informieren uns gegenseitig über unsere Aktivitäten, unsere Aktionsformen und Materialien. Wir informieren uns über die Erfahrungen, die wir mit unseren Aktivitäten vor Ort machen und informieren unsere Mitglieder über die Aktivitäten der jeweiligen Partnerparteien.

Wir werden uns im Herbst 2011 in einer unserer Städte erneut versammeln um über unsere Erfahrungen zu sprechen und zu diskutieren, wie wir unsere Kampagne weiterentwickeln.

Über diese Verabredungen werden wir unsere Parteien auf allen Ebenen, bis hin zur nationalen Ebene informieren um ähnliche Initiativen an anderen Orten zu ermutigen.

Vertreterinnen und Vertreter der o.g. Organisationen haben sich vom 4. bis 6. Februar 2011 in Münster getroffen um über gemeinsame Aktivitäten zur Durchsetzung einer Finanztransaktionssteuer zu beraten. Darüber hinaus haben sich die Vertreter der SPD Münster und der SP Lille über die Europäisierung ihrer beiden Parteien beraten und festgestellt, dass sie darin übereinstimmen, an der weiteren Europäisierung ihrer beiden Parteien zusammenzuarbeiten. Der folgende Absatz wurde der gemeinsamen Erklärung der o.g. Organisationen hinzugefügt:

Europa-Arbeitskreis des Parti Socialiste Lille und Nord pas de Calais und Initiative Europa Sozial&Demokratisch der SPD Münster:

Unsere Parteien Europäisieren

Die SPD Münster und der Parti Socialiste Lille haben eine Partnerschaft vereinbart. Ziel dieser Partnerschaft ist es, die Europäisierung unserer Parteien durch eigene, örtliche und regionale Initiativen zu gestalten und zu vertiefen.

Wir sind gemeinsam der Ansicht, dass die Europäische Sozialistische und Sozialdemokratische Partei (PSE) zu einer wirklichen Mitgliederpartei weiterentwickelt werden muss. Wir setzen uns aus diesem Grund dafür ein, dass so viele Mitglieder unserer Parteien wie möglich die Mitgliedschaft als „PSE-Activist“ beantragen. Die Mitgliedschaft als „PSE-Activist“ und die Gründung von „PSE-City-Groups“ stellen einen wichtigen Beitrag zur Entwicklung der PSE als Mitgliederpartei dar.

Wir werden in unseren Parteien auf regionaler und nationaler Ebene für eine Zusammenarbeit innerhalb der PSE, für eine Kampagne zur Mitgliederregistrierung als PSE- Activist und zum Aufbau von PSE-Citygroups werben.

Auch ein sehr erfreuliches Ergebnis des Wochenendes:





20.04.2010

Resolution

Münster unterstützt die Kampagne „Steuer gegen Armut“

Der Rat der Stadt Münster möge beschließen:

1. Der Rat der Stadt Münster unterstützt die Forderung vieler politischer, kirchlicher und gesellschaftlicher Organisationen (Kampagne „Steuer gegen Armut“) nach Einführung einer möglichst globalen Steuer auf Finanztransaktionen in Höhe von 0,05%.
2. Der Rat fordert den Deutschen Bundestag und die Bundesregierung auf, sich dafür einzusetzen, die Steuer auf nationaler und internationaler Ebene zu verwirklichen.

Begründung:

1. Notwendigkeit

Die Wirtschafts- und Finanzkrise hat die Stadt Münster hart getroffen. Im städtischen Haushalt sind die Gewerbesteuereinnahmen und Einnahmen aus den Umlagen der übrigen (Bundes-)Steuern eingebrochen. Auch dadurch befindet sich die Stadt am Rande der Haushaltssicherung. Gleichzeitig werden die Steuern auf Bundesebene immer weiter gesenkt und die Kommunen so an den Rand der Handlungsunfähigkeit getrieben. Münster braucht wie alle Kommunen endlich eine solide Finanzausstattung. Neben einer Neuordnung des vertikalen Finanzausgleichs zwischen Bund, Ländern und Gemeinden wird eine Steuer auf Finanztransaktionen helfen, staatliche Investitionen in Bildung, Forschung und Infrastruktur zu finanzieren.

Der Finanzmarkt ist zudem immer noch nicht stabil, weitere Spekulationsblasen werden prognostiziert. Dies gefährdet Arbeitsplätze und die Handlungsfähigkeit des Staates und der Kommunen. Eine Steuer, die langfristige Investitionen belohnt, hoch spekulative, kurzzeitige Investitionen aber erschwert, ist das richtige Mittel zum Schutz der Wirtschaft, des Staates und der Kommunen.

2. Eine faire Steuer

In den vergangenen 15 Jahren ist die Anzahl der Finanztransaktionen um 450 Prozent angewachsen. Heute, auch nach der Krise, ist das globale

Finanzsystem 70-mal größer als die Realwirtschaft. Selbstverständlich wird eine gesunde Finanzwirtschaft für eine funktionierende Volkswirtschaft gebraucht, allerdings müssen auch die Beteiligten an den Finanzmärkten angemessen zur Finanzierung des Gemeinwesens beitragen.

Eine Finanztransaktionssteuer würde dazu beitragen, die Anzahl der Finanzaktivitäten, insbesondere die besonders schädlichen Spekulationen, zu begrenzen. Die Finanztransaktionssteuer wäre umfassender als die sogenannte „Tobin Tax“, die sich nur auf Währungsgeschäfte bezieht.

Sie wäre auch wirksamer als die von der Bundesregierung geplante „Bankenabgabe“, die auch Banken (wie Sparkassen und Genossenschaftsbanken), die sich nicht an den Spekulationen beteiligt haben, zur Kasse bittet und darüber hinaus durch das geringe Aufkommen von geplanten eine Milliarde Euro weder weitere Spekulationen erschwert, noch nachhaltig die Folgen der Krise finanzieren kann. Zudem bezahlen letztlich alle Kundinnen und Kunden der Banken die Bankenabgabe und finanzieren damit ein zweites Mal die Krisenfolgen selbst. Auch die Stadt wird aufgrund geringerer Ausschüttungen der Sparkasse die Krise doppelt bezahlen.

Die Finanztransaktionssteuer schafft dagegen echten Spielraum in den öffentlichen Haushalten – und auch für die dringend benötigten Rettungsschirme für Kommunen.

3. Die Einnahmen der Steuer

Eine globale Finanztransaktionssteuer in Höhe von 0,05 Prozent könnte jährlich globale Einnahmen in Höhe von ein Prozent des nominalen Welteinkommens generieren. Das wären weltweit rund 500 Milliarden Euro. 200 Milliarden Euro könnten allein in der Europäischen Union eingenommen werden. Diese Einnahmen können für nachhaltige Investitionen in die Armutsbekämpfung, den Kampf gegen den Klimawandel und in den Bildungsbereich verwandt werden. Dadurch würde auch die weltweite Solidarität gestärkt werden.

Wolfgang Heuer
Thorsten Kornblum
Dr. Fritz Baur
Thomas Fastermann
Philipp Gabriel
Beanka Ganser
Anne Hakenes

Dr. Michael Jung
Marianne Koch
Gaby Kubig-Steltig
Thomas Marquardt
Robert von Olberg
Kurt Pölling
Karsten Rahn

Anne Schulze Wintzler
Petra Seyfferth
Aliye Stracke-Gönül
Beate Vilhjalmsson
Holger Wigger
Karl-Heinz Winter

SPD sucht Mehrheit für „Robin-Hood-Steuer“



Nils Wörner, Christoph Strässer, Udo Bullmann, Nikolaus Bley und SPD-Wissenschaftsministerin Svenja Schulze (v.l.n.r.) sprachen sich für eine Finanztransaktionssteuer aus. Foto: (fls)

Münster - Für die Einführung einer Finanztransaktionssteuer, die sogenannte Robin-Hood-Steuer, sprachen sich am Freitag die Gäste einer Diskussion aus, zu der die SPD ins Picassomuseum eingeladen hatte.

„Die Steuer muss unbedingt her“, forderte SPD-Bundestagsabgeordneter Christoph Strässer. Diese spüle viel Geld in die klammen Kassen und nehme die Verursacher der Krise in die Pflicht. „Allein in der Europäischen Union könnte man so jährlich 200 Milliarden Euro einnehmen, in Deutschland 20 Milliarden.“

Der Münsteraner sieht auch die Gefahr einer weiteren Krise nicht gebannt, falls nicht die richtigen Lehren gezogen würden. „Viele große Finanzinstitute machen derzeit so weiter, als wäre nichts passiert.“

Udo Bullmann will der Gefahr zumindest über eine europaweit geltende Steuer entgegenwirken, wenn ein globales Abkommen scheitert. Der SPD-Europaabgeordnete hofft, über das Europäische Parlament Druck auf die Kommission ausüben zu können, die sich bislang gegen diese Idee sträube. Das sei aber ein harter Weg, weil auch die unterschiedlichen Parteien gespalten sind. Eine Abstimmung zur europaweiten Steuer im Ausschuss für Wirtschaft und Währung endete jüngst 21:21.

Im März will sich Bullmann die Mehrheit im Plenum holen. „Dann können wir Kommissionspräsident Barroso die Pistole auf die Brust setzen. Wenn ihm bei den Haushaltsproblemen nur Kürzungen im Sozialsystem einfallen, darf er sich nicht gegen die Transaktionssteuer winden.“

Auch Nils Wörner warnte vor starken Einschnitten. „Es gibt eine Alternative zu Kürzungen bei Renten und Kommunen - neue Einnahmen durch die Steuer“, sagte der Sekretär der Europäischen Sozialistischen Partei.

Robert von Olberg stimmte da zu. „Münster hat die Krise ebenfalls getroffen, die Einnahmen sind eingebrochen.“ Der SPD-Ratsherr will auf kommunaler Ebene ein symbolisches Zeichen setzen. Bereits im April brachte er eine Resolution in den Rat ein, in dem sich die Stadt Münster für die Finanztransaktionssteuer aussprechen soll. „Das hätte Vorbildcharakter und baut Druck von unten auf.“

Finanztransaktionssteuer

Spekulanten sollen ausgebremst werden

MÜNSTER Im Kampf gegen den Kasino-Kapitalismus beschwört die münstersche SPD den europäischen Geist. Am Wochenende traf sich der Ortsverband mit Genossen anderer Länder und aus dem EU-Parlament. Gemeinsam wollen sie die Einführung einer Finanztransaktionssteuer vorantreiben.

Von Michael Billig

Münsters Bundesparlamentarier Christoph Strässer will Rating-Agenturen an die kurze Leine nehmen. (Foto: Archiv)

Artikel aus diesem Ressort

Lustreisen

Nottenkemper-Prozess in der entscheidenden Phase

Weniger Unfälle Münsters Straßen werden sicherer

Abschied von der Grundschule

Anmeldungen für weiterführende Schulen starten

IHK zieht Jahresbilanz Weltweite Nachfrage nach Produkten aus dem nördlichen Westfalen wächst

Volleyball: Bundesliga USC unter Druck und in der Pflicht

ZEITUNG ZUR PROBE



Lust auf mehr? Dann testen Sie uns! Erhalten Sie unsere Tageszeitung zwei Wochen lang gratis.

■ Jetzt kostenlos testen

Eine Steuer für den Handel mit Finanzprodukten sei zwingend notwendig, hieß es auf einer Veranstaltung im Foyer des Picasso-Museums. „Wer die Krise verursacht hat, soll auch dafür bezahlen“, begründete der Frankfurter EU-Abgeordnete Udo Bullmann. Er zielte auf die Spekulanten. Das seien die, „die sich an der Wertschöpfung der anderen bereichern“.

Dem wollen die Sozialdemokraten in Münster und in halb Europa einen Riegel vorschieben. Jedenfalls beklatschten die Gäste aus Italien, Frankreich und Portugal die Worte ihrer deutschen Genossen heftig.

200 Milliarden Euro

Finanzgeschäfte sollen ihrer Meinung nach mit 0,05 Prozent besteuert werden. Das klingt bescheiden, könnte aber satte 200 Milliarden Euro in die europäischen Haushalte spülen. Bullmann kämpft für dieses Ziel im EU-Parlament. Im März sei eine Entscheidung zu erwarten, berichtete er. Selbst bei einem Ja in Straßburg liegt es immer noch an den Mitgliedsstaaten, dieses Instrument anzuwenden. Münsters SPD-Mann in Berlin, Christoph Strässer, wirbt dafür im Bundestag. Auch Italiener und Franzosen sprachen am Freitag davon, für diese Steuer einzutreten.

Steuer als Thema im Rat

Stefan Gran, DGB-Verbindungsmann in Brüssel, sagte, mit den Gewerkschaften sei ebenfalls zu rechnen. Und auch der hiesige SPD-Verband hat das Thema auf der Agenda. Ratsmitglied Robert von Olberg erinnerte daran, dass seine Fraktion den Rat bereits aufgefordert hat, sich der Forderung nach einer globalen Finanztransaktionssteuer anzuschließen. Die ist aber noch Wunschdenken. Laut Strässer sei zur Not auch eine Börsenumsatzsteuer in Deutschland vorstellbar. Zudem nahm er neben den Spekulanten noch einen weiteren großen Mitspieler ins Visier: Rating-Agenturen, die die Kreditwürdigkeit von Firmen und Staaten bewerten. Strässer würde sie gern an die kurze Leine nehmen, am liebsten unter staatlicher Kontrolle.

Die nächsten Veranstaltungen der

Initiative Europa Sozial&Demokratisch der SPD Münster:



„Wem gehören meine Ideen?“

Urheberrechte und ihr Schutz in Zeiten des Internet

Diskussionsveranstaltung mit:

Bernhard Rapkay

Europaabgeordneter
Vorsitzender der SPD-Abgeordneten
im Europäischen Parlament

Christoph Strässer

Bundestagsabgeordneter

Freitag, 25. Februar 2011

**19.30 Uhr im Café Grotemeyer
Salzstraße 24, Münster**



Wem gehören meine Ideen?

Urheberrechte und ihr Schutz in Zeiten des Internet

„Mit dem Siegeszug des Internets hat sich unsere Gesellschaft verändert. Wo früher noch ein klar abgegrenzter Raum bestand, scheinen die Möglichkeiten heute grenzenlos. Immer neue Techniken machen die Kommunikation und den Austausch von Daten in der ganzen Welt so einfach wie nie zuvor.

Doch wem gehören diese Daten? Wer darf die Rechte an einem Kinderbuch beanspruchen, das, kaum veröffentlicht, schon so zahlreich kostenlos als Download zur Verfügung steht? Gibt es ihn noch, den alten Urheberrechtsschutz? Oder ist er durch das Internet zu einem altmodischen Relikt geworden?

Und lässt sich der Schutz von Urheberrechten heute noch national regeln oder ist dies nicht mindestens eine Aufgabe von europäischer Dimension?

Gemeinsam mit Bernhard Rapkay (MdEP) möchte Christoph Strässer (MdB) mit Ihnen auf die Suche nach neuen Strategien gehen, wie das geistige Eigentum in Deutschland und der EU geschützt werden kann und zugleich den neuen Möglichkeiten den Internets gerecht wird.“

Sie sind herzlich eingeladen!

Vormerken:

Freitag, 11. März 2011

19.30 Uhr Café Grotemeyer:

„Europäische Asyl- und Flüchtlingspolitik“

mit **Birgit Sippel**, Europaabgeordnete
und **Christoph Strässer**, Bundestagsabgeordneter



**Europäische
Sozialdemokratie**